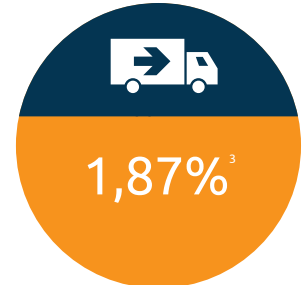


Bevölkerung (2013)

Registrierte Bekleidungs-  
fabriken (2013)Registrierte ArbeiterInnen in der  
Bekleidungsindustrie (2010)Anteil von Bekleidung/Schuhen  
am Gesamtexport (2012)

„Damit ich genug Zeit habe, mich um meine Familie und die Landwirtschaft zu kümmern, muss ich jeden Tag um 5:30 Uhr aufstehen. Jeden Morgen melke ich meine zwei Kühe und knete den Teig für das Brot, damit meine Schwiegermutter ihn später backen kann. Sie ist alt, aber sie kann immer noch backen und den Kindern zu essen geben, wenn ich in der Arbeit bin. Nachdem ich den Teig geknetet habe, kümmere ich mich um den Gemüsegarten und den Haushalt und bereite das Frühstück und das Abendessen für die Kinder vor. Meine Schwiegereltern bekommen beide je 100 GEL (42 EUR) Rente, aber sie brauchen ihre gesamte Rente für ihre Medikamente. Das meiste Geld brauchen wir für Lebensmittel. Obwohl ich zwei Kühe habe, von denen wir Milch, Butter und Käse bekommen, und frisches Gemüse aus meinem Garten, sind wir eine grosse Familie und brauchen 300 bis 400 GEL (124 – 166 EUR) im Monat für Lebensmittel.“

## LOHNVERGLEICH



## LOHNBEZOGENE ARBEITSRECHTS- UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

- Völliges Fehlen eines entwickelten Arbeitsgesetzes, einer Sozialversicherung und eines Existenzlohns; keine Arbeitsinspektionen, kein Arbeitsgericht, bescheidene Ansätze zu einem Arbeitsrecht seit Juni 2013
- Die Durchschnittslöhne inklusive Überstunden liegen weit unter einem minimalen Existenzlohn
- Ein Durchschnittslohn (114 Euro) reicht nicht einmal aus, um die Lebensmittel für eine Familie zu kaufen (dafür sind laut ArbeiterInnen 166 Euro monatlich nötig)
- Überstundenzuschläge werden nicht bezahlt
- Willkürliche Lohnabzüge als Strafmassnahme
- Es ist extrem schwierig, freie Tage und Jahresurlaub zu bekommen
- Mangelhafte Temperaturregulierung in der Fabrik
- Einschüchterung und Anschreien der ArbeiterInnen durch das Management

## FORDERUNGEN AN DIE REGIERUNG:

- Sofortige Einführung von Regulierungen zum Schutz der ArbeiterInnen **sowie grundlegender Sozialversicherungssysteme** inklusive Arbeitsinspektionen, Arbeitslosenunterstützung, sowie eines Arbeitsgerichts. Unverzügliches Anstreben einer Lösung der durch das ILO-Expertenkomitee im Jahr 2013 festgestellten Probleme.
- Rasche Durchführung des **nächsten Schritts der Arbeitsrechtsreform** für die Durchsetzung der Rechte von weiblichen Arbeiterinnen, wie von der Regierung in Gesprächen über die Gesetzesänderung im Juni 2013 angekündigt und anknüpfend an den Änderungsentwurf, wie ihn das Justizministerium gemeinsam mit dem GTUC-Frauenkomitee und den Arbeitgeberverbänden vorbereitet und im Oktober 2013 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt hat.
- Durchführung einer Aufklärungskampagne über internationale Arbeitsnormen in Georgien.

## TEXTILINDUSTRIE UND LOHNSITUATION IN GEORGIEN

Die georgische Textilindustrie befindet sich momentan hauptsächlich in der Region Adscharien, wo türkische Unternehmen Aufträge an georgische Nähereien weitervergeben. Ausserhalb von Adscharien gibt es nur wenige Bekleidungsfabriken, die sich in Tiflis und Kutaissi befinden. Die georgische Textil- und Bekleidungserzeugung hat eine lange Tradition, brach jedoch nach dem Ende der Sowjetunion zusammen. Die Folge war eine soziale Krise, die nach wie vor anhält. Die Arbeitslosigkeit wird auf über 50 % geschätzt. Viele Menschen sind offiziell selbstständig, üben aber in Wirklichkeit jede mögliche Art von informeller oder semiformeller Tätigkeit aus. Neben der Subsistenzlandwirtschaft betreiben die Menschen alle möglichen „ökonomischen Tätigkeiten“, um der Armut zu entkommen. Geschätzte 65 % der erwerbstätigen Menschen sind „selbstständig“. Sie schönen die offizielle Arbeitslosenstatistik, haben aber keine sichere Beschäftigung. Es gibt in Georgien so gut wie keine alleinerziehenden Mütter, weil es praktisch unmöglich ist, sich als alleinerziehende Mutter zu erhalten.

## VÖLLIGES FEHLEN VON ARBEITNEHMERSCHUTZ, EXISTENZLOHN UND SOZIALVERSICHERUNGEN

Es gibt in Georgien im Moment keinen funktionierenden ArbeitnehmerInnenschutz.<sup>10</sup> Seit Juni 2013 ist ein Arbeitsrecht in Kraft, das einige grundlegende Bestimmungen beinhaltet, es gibt allerdings keine Arbeitsaufsicht und kein Arbeitsgericht. Es gibt kein verpflichtendes Sozialversicherungssystem und keine dreigliedrigen, sozialen Dialoge. Seit der Einführung des Arbeitsrechts 2013 wurden einige Bestimmungen hinsichtlich Arbeitszeiten, Überstunden, Arbeitsverträgen<sup>11</sup> und eine paritätische Kommission der Sozialpartner geschaffen. Diese paritätische Kommission funktioniert jedoch nicht. Die meisten Beschäftigungsbedingungen werden „im Einvernehmen mit den Beteiligten“ festgelegt. Infolgedessen existieren in der Bekleidungsindustrie keine Kollektivverträge.<sup>12</sup>

„Weil wir nichts hatten, um für unsere Familie zu sorgen, haben wir jeden Vertrag akzeptiert, den man uns vorgelegt hat, ohne ihn zu lesen.“

## FORDERUNGEN AN MARKEN UND EINZELHÄNDLER:

- **Als erste Sofortmassnahme** müssen globale Einkäufer sicherstellen, dass die ArbeiterInnen in Georgien einen Grundnettolohn (ohne Überstunden und Zuschläge) von **mindestens 196 Euro erhalten** (60 % des durchschnittlichen nationalen Haushaltseinkommens). In einem **weiteren Schritt** müssen die Grundnettolöhne **in Richtung des geschätzten Basis-Existenzlohns angehoben** werden.
- Einkäufer müssen ihre **Preisstruktur analysieren und dahingehend verändern**, dass der Preis, den sie ihren Lieferanten zahlen, derartige Lohnerhöhungen möglich macht.
- Gewährleisten, dass das Recht der ArbeiterInnen auf **Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen** respektiert wird. Sicherstellen, dass das Informationsrecht der ArbeitnehmerInnenvertretung in Bezug auf Beschäftigungsverhältnisse und vor allem in Bezug auf Löhne respektiert wird. Zusammenarbeit mit lokalen Interessensvertretungen anstreben, vor allem mit dem georgischen Gewerkschaftsdachverband GTUC und georgischen Menschenrechtsorganisationen.
- Mangels eines vollständigen Arbeitsrechts sollen die ILO-Bestimmungen und die Anforderungen des Jo-In Kodex (Joint Initiative on Workers Rights and Corporate Accountability, Gemeinsame Initiative für ArbeitnehmerInnenrechte und die Verantwortung von Unternehmen) befolgt werden – insbesondere sollen ab sofort die **Entlohnung von Überstunden** mit mindestens dem Eineinhalbfachen des regulären Stundensatzes und die Abschaffung von Lohnabzügen als Strafmassnahme veranlasst werden.
- Den Missbrauch von **Kurzzeitbeschäftigung** beenden und die Einführung betrieblicher **Kranken- und Pensionsversicherung** mangels eines Sozialversicherungssystems veranlassen.

## DIE ARBEITERINNEN SIND DEN ARBEITGEBERN KOMPLETT AUSGELIEFERT

Das neue Arbeitsrecht schreibt vor, dass jede Arbeitszeit, die 40 Stunden überschreitet, als Überstunde gilt, vermerkt aber auch, dass für Unternehmen mit speziellen Arbeitsformen, die mehr als acht Stunden täglich erfordern, die 48-Stunden-Woche gelten sollte. Diese Bestimmung hat die Arbeitszeitregelung völlig verwässert und wird von den Arbeitgebern benutzt, um die 48-Stunden-Woche zur Norm zu machen, obwohl sie eigentlich eine Ausnahmeregelung sein sollte. Die GTUC hat gegen diese Regelung und entsprechende Praktiken Beschwerde eingelegt, aber nichts erreicht. Zwölf Arbeitsstunden am Tag sind rechtlich erlaubt. Alle anderen Überstundenbestimmungen inklusive der höheren Entlohnung sind nicht festgelegt (Artikel 17-4).

Verträge für ein bis sechs Monate sind die gängige Praxis<sup>13</sup> und werden immer wieder erneuert. Das Arbeitsrecht von 2013 beinhaltet eine maximale Dauer von 30 Monaten für befristete Arbeitsverträge. Die Regierung überwacht jedoch die Umsetzung ihrer neuen Gesetze nicht und

die ArbeitgeberInnen kümmern sich nicht darum. VertreterInnen der GTUC werden oft daran gehindert, in Unternehmen zu gehen, um die Einhaltung des Arbeitsrechts und die Sicherheit am Arbeitsplatz zu überprüfen, obwohl sie laut georgischem Gewerkschaftsrecht das Recht dazu haben. Paragraph 16 des Gewerkschaftsrechts erlaubt den Gewerkschaften, VertreterInnen zu ernennen, um in Unternehmen und an Arbeitsstätten zu gehen, wo Gewerkschaftsmitglieder die Einhaltung von Arbeitsgesetzen und Sicherheitsbestimmungen überwachen. In Georgien gibt es keine gesetzlich vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge. Es gibt keinen Mindestlohn und die paritätische Kommission zur Festlegung von Mindeststandards im Arbeitsrecht funktioniert nicht.

## FORDERUNGEN AN MULTISTAKEHOLDER INITIATIVEN:

- Auf die Regierung Druck ausüben, damit Regulierungen zum Schutz der ArbeiterInnen sowie ein Sozialversicherungssystem eingeführt werden.
- Einstufung von Georgien als Land mit hohem Risiko und Fehlen von grundlegendem Arbeitnehmerschutz.
- Unternehmen, die bereits Auftragnehmer/Zulieferer in Georgien haben, sollen eigene Regulierungen zum Schutz der ArbeiterInnen einführen, dazu gehören Komitees für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, regelmäßige Überprüfungen der Einhaltung von ILO-Normen und Trainings über internationale Arbeits- und Menschenrechte für ArbeiterInnen.
- Unterstützung einer Aufklärungskampagne über internationale Arbeitsnormen in Georgien.

## ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG VOR ORT<sup>14</sup>

Im Allgemeinen sprachen die ArbeiterInnen nur sehr zögerlich mit den ForscherInnen. Sie fürchteten negative Folgen und den Verlust ihrer Arbeit. Sie haben begonnen, im Bekleidungssektor zu arbeiten, weil es keine anderen Möglichkeiten gab und sie den Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen mussten.

Der durchschnittliche Monatsnettolohn der befragten ArbeiterInnen lag, inklusive Überstunden, zwischen 83 und 145 Euro, manchmal sogar bei nur 50 Euro. Im Durchschnitt verdienten die Näherinnen 114 Euro netto, inklusive Überstunden. Die ArbeiterInnen erhalten Produktionsziele und bleiben, bis sie diese erfüllt haben, um nicht noch niedrigere Löhne zu riskieren. Üblicherweise betrachten sie diese Zusatzarbeit nicht als Überstunden, sondern als ihr Pensum, das sie nicht während der normalen Arbeitszeit geschafft haben.

Die Löhne der befragten Arbeiterinnen werden üblicherweise nach Stückzahl berechnet, während Männer einen Stundenlohn erhalten und 40 % mehr verdienen als Frauen. Es herrscht eine extreme Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern die auf Geschlechter-Diskriminierung zurück zu führen ist. Weil sie so wenig verdienen, wollen die Frauen Überstunden leisten. Urlaub ist manchmal gänzlich unbezahlt, manchmal wird ein niedriger Lohn bezahlt. Üblicherweise können ArbeiterInnen nur während der Schliessung der Fabrik in Urlaub gehen. Anstatt einen freien Tag zu bekommen, werden ArbeiterInnen bisweilen gezwungen, zu kündigen. Lohnabzüge als Strafmassnahme sind üblich.

Zu den Marken, die laut der Befragten in den untersuchten Fabriken produzieren, gehören:  
Mango, Zara/Inditex, Adidas, Puma, Nike, LC Waikiki, De Facto.

Die befragten ArbeiterInnen haben Verträge für eine Dauer von drei bis zwölf Monaten. Das Arbeitsklima ist manchmal angespannt, Vorgesetzte oder Manager schreien und die ArbeiterInnen müssen sogar um Erlaubnis fragen, wenn sie aufstehen wollen. Die meisten ArbeiterInnen haben Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und der miserablen Löhne bleiben die ArbeiterInnen nicht lange in den Bekleidungsfabriken. Die Löhne, die sie mit Überstunden verdienen können, liegen oft sogar unter dem offiziellen Existenzminimum von 109 Euro für eine vierköpfige Familie und betragen 22 % eines existenzsichernden Basis-Einkommens, das laut den ArbeiterInnen etwa 518 Euro für eine vierköpfige Familie beträgt.

Alle befragten ArbeiterInnen gaben an, über keine Ersparnisse für unvorhergesehene Ereignisse wie etwa einen medizinischen Notfall zu verfügen. Sie müssen sich von Nachbarn oder Verwandten Geld leihen. Die Arbeitgeber rechnen mit dem Zusatzeinkommen der ArbeiterInnen durch Landwirtschaft. Die ArbeiterInnen erwirtschaften also oft selbst die Zuschüsse für ihre eigenen Jobs.

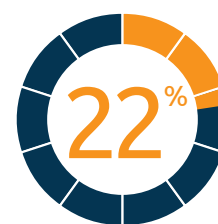
„Wenn du es nicht schaffst, die Produktionsziele zu erfüllen, kann es sein, dass du nur um die 200 GEL (83 EUR) im Monat bekommst, was sehr wenig ist. Das ist es nicht wert, deine Familie zu verlassen.“

## MAGULIS GESCHICHTE

*Maguli ist 38 Jahre alt, sie hat einen Ehemann und drei Kinder. Sie hat sehr früh geheiratet und die Schule nach der 8. Klasse beendet. Maguli arbeitet seit 2012 in der Fabrik, seit dem Tag der Eröffnung. Im selben Jahr hat sie wegen des niedrigen Lohns von 100 GEL (41 EUR) gekündigt. Vor elf Monaten hat sie jedoch wieder angefangen, dort zu arbeiten. Sie arbeitet als Näherin und beherrscht fünf Kategorien an der Nähmaschine, was sich in ihrem Lohn niederschlägt (jede Kategorie macht 5 GEL, also 2 EUR aus). Auch ihre Tochter Maia arbeitet hier. „Ich arbeite in dieser Fabrik, seit sie aufgemacht hat. Es war wirklich schwierig, in der momentanen Situation Arbeit zu finden, vor allem, wenn man fair bezahlt werden will. Als ich das erste Mal hier begonnen habe, verdiente ich 100 GEL (41 EUR). Ich habe nach kurzer Zeit wieder aufgehört, weil so eine kleine Summe es nicht wert ist, meine Familie alleinzulassen.“*

*Ihre Familie verdient im Monat insgesamt 1025 GEL (425 EUR). Magulis Ehemann verdient 400 GEL (166 EUR), Maguli selbst verdient 300 GEL (124 EUR), ihre Tochter Maia 200 GEL (83 EUR), und ihre Schwiegermutter bekommt 125 GEL (52 EUR) Rente. Maias Lohn kommt nur selten ins Familienbudget, denn „sie ist jung und gibt ihr Geld aus, wie sie möchte“. Der grösste Teil des Geldes wird für Lebensmittel ausgegeben, zusätzlich hat die Familie ihre eigene landwirtschaftliche Produktion. Die Kosten für Lebensmittel betragen etwa 400 GEL (166 EUR) und das trotz der Tatsache, dass sie einen Obstgarten haben, was im Sommer eine grosse Erleichterung bedeutet. Maguli sagt, es wäre optimal, wenn sie 3000 GEL (1244 EUR) im Monat hätten.*

Das Durchschnittseinkommen eines/einer Arbeiters/ in in der Bekleidungsindustrie deckt nur zwei Drittel der Mindestkosten für Lebensmittel für die Familie (dabei ist schon die eigene Subsistenzlandwirtschaft eingerechnet) und beträgt nur



eines Basis-Existenzlohns.

*Ein normaler Tag sieht für Maguli so aus: Sie steht um sieben Uhr auf, macht Frühstück, verabschiedet ihren Mann, der zu seiner Arbeit bei einem Strassenbauunternehmen geht. Dann erledigt sie den Haushalt, kümmert sich um den Obstgarten und den Hof, bereitet das Abendessen für ihre Schwiegermutter und ihren jüngsten Sohn vor, macht sich bereit und sitzt um 8:30 Uhr bereits in dem Bus, der sie zur Arbeit bringt. Um neun Uhr beginnt ihr Arbeitstag, der um 18:15 Uhr endet. Sie arbeitet 41 Stunden in der Woche. Am Abend kommt sie sehr erschöpft nachhause, schaut sich Filme und TV-Serien an, macht Abendessen, wäscht die Wäsche und geht um Mitternacht schlafen.*

*„Wir haben zweimal eine fünfzehnminütige Kaffeepause und eine einstündige Pause zum Essen. In diesen Pausen müssen wir auch auf die Toilette gehen, aber es ist trotzdem eine ziemliche Verbesserung im Vergleich zu früher. Jetzt haben wir im Fabrikraum eine Heizung, auch wenn die nicht jeden Winkel der Fabrik heizt. Die Heizung besteht aus Warmwasserleitungen, die über unseren Abteilungen verlaufen, aber weil sie eben nicht überall installiert sind, hat sich meine Tochter letzten Winter erkältet. Im Spital stellten sie fest, dass sie eine Nierenentzündung hatte. Ausserdem - und das würde ich auch öffentlich sagen - darf man als Schneiderin nicht ohne Erlaubnis aufstehen. Und wenn man als Aufseher arbeitet, darf man sich nicht hinsetzen, deshalb sind die meisten Aufseher junge Mädchen. Natürlich bin ich müde.“ Sie ist Näherin und muss den ganzen Tag sitzen. Wenn sie aufstehen will, braucht sie die Erlaubnis einer Aufseherin. Offiziell sind Samstage und Sonntage frei, aber je nach Auftragslage passiert es manchmal, dass sie Überstunden machen müssen.*

*Ein anderes Problem ist der Urlaub. „Meine Tochter wollte zwei Wochen Urlaub nehmen, aber die Firma lehnte das ab und sagte, sie solle die offizielle Kündigung einreichen und sie würden sie nach den zwei Wochen wieder einstellen. Das würde bedeuten, dass der Zuschlag über fünf GEL (zwei Euro), die man pro Monat der geleisteten Dienstjahre bekommt, verfallen würde und sie wieder bei Null - mit dem niedrigsten Lohn anfangen und sich langsam in die vorherige Position hinaufarbeiten müsste. Niemand will den Gewerkschaften beitreten. Unsere Rechte werden missachtet, wir brauchen jemanden, der kommt und sich unsere Situation ansieht.“*

- 
- <sup>1</sup> Schätzung der AutorInnen
- <sup>2</sup> Quelle: Georgischer Gewerkschaftsdachverband GTUC
- <sup>3</sup> Eigene Berechnung gemäss: [www.geostat.ge/index.php?action=page&p\\_id=137&lang=eng](http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p_id=137&lang=eng), 28.11.2013
- <sup>4</sup> Gocha Aleksandria: "Der Mindestlohn ist so niedrig geworden, dass der private Sektor vergessen hat, dass so etwas überhaupt existiert." - <http://gtuc.ge/eng/?p=345> – zuletzt besucht am 01.04.2014
- <sup>5</sup> Stand 1. September 2013: Die Staatliche Mindestpension wurde auf 150 GEL (63 EUR) angehoben. In diesem Jahr ist keine weitere Erhöhung geplant.
- <sup>6</sup> Nationales Statistikamt: Existenzminimum. [http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p\\_id=179&lang=eng](http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p_id=179&lang=eng) – zuletzt besucht am 16.03.2014
- <sup>7</sup> Eigene Berechnung: 60 % des Durchschnittseinkommens [http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p\\_id=182&lang=eng](http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p_id=182&lang=eng)
- <sup>8</sup> Alle Angaben in Euro gemäss Wechselkursen auf [www.oanda.com](http://www.oanda.com), 01.02.2014
- <sup>9</sup> Nationales Statistikamt: [http://geostat.ge/?action=page&p\\_id=148&lang=geo](http://geostat.ge/?action=page&p_id=148&lang=geo)
- <sup>10</sup> [www.ituc-csi.org/IMG/pdf/survey\\_ra\\_2013\\_eng\\_final.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/survey_ra_2013_eng_final.pdf)
- <sup>11</sup> Georgisches Arbeitsrecht - das georgische Parlament beschloss die Änderungen am 12. Juni 2013, am selben Tag traten diese in Kraft. [www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_protect/---protrav/---ilo\\_aids/documents/legaldocument/wcms\\_127828.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---ilo_aids/documents/legaldocument/wcms_127828.pdf)
- <sup>12</sup> Nur zwei: Einer in der Batumi Tex LTD (in Adscharien), der seit mehreren Jahren nicht erneuert wurde, weil der Arbeitgeber sich weigert, ernsthafte Kollektivverhandlungen mit der Gewerkschaft zu führen. Einen weiteren gültigen Kollektivvertrag hat die LTD Imeri (in Kutaissi) – mit geringem sozioökonomischem Wert.
- <sup>13</sup> Dies scheint in allen Branchen gängige Praxis zu sein: [www.ituc-csi.org/IMG/pdf/survey\\_ra\\_2013\\_eng\\_final.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/survey_ra_2013_eng_final.pdf) - Seite 33. Zuletzt besucht am 19.02.2014
- <sup>14</sup> Im August 2013 wurden insgesamt 49 qualitative Interviews mit ArbeiterInnen aus zwei verschiedenen Fabriken geführt.
- 

## AUTORINNEN

**Georgischer Gewerkschaftsdachverband (GTUC)**

**Ekaterine Pirtskhalava**, unabhängige Forscherin

**Dr. Bettina Musiolek**, Ostwind-Institut, Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen ENS, Clean Clothes Campaign

**Christa Luginbühl**, Erklärung von Bern, Clean Clothes Campaign